

Ende der Krise oder Krise ohne Ende?

Robert Katzenstein

Trägt die Wirtschaftspolitik der CDU und FDP Früchte? Ist das Ende der Krise wirklich in Sicht? Eine Antwort auf diese Frage kann man zwar nicht exakt, bis auf fünf Stellen hinter dem Komma, geben, aber die Entwicklungsrichtung läßt sich bestimmen. Leider, muß man fast sagen, denn ich fürchte, die Krise steht uns erst noch bevor; im besten Fall müßten wir mit einer langandauernden Stagnation rechnen. Für jede andere Prognose fehlt ein wissenschaftlich gesicherter Hintergrund. In der Bundesrepublik Deutschland – ebenso auch in den USA, Großbritannien usw. – verfolgt die Regierung eine unternehmerorientierte Politik. Zielpunkte der Wirtschaftspolitik sind die Unternehmensgewinne, um dadurch Investitionen zu stimulieren, die die konjunkturelle Entwicklung von zwei Seiten aus in den Aufschwung treiben sollen. Einmal sollen sie die Struktur der Wirtschaft zum Positiven verändern: Billigere und gefragtere Waren sollen angeboten werden. Auch billige und gefragte Waren können nur abgesetzt werden, wenn die Nachfrage nach diesen Waren auch über Geld verfügt, zahlungsfähig ist. Dazu soll die zweite Seite dienen: Die Investitionen sollen der Vorreiter des konjunkturellen Aufschwungs werden, sie sollen die Nachfrage nach Rohstoffen und Arbeitskräften in die Höhe treiben und so auch die Absatzmöglichkeiten für das Kapital erweitern. Über die Investitionen soll die ganze Entwicklung in einen sich schließlich – nach einem kräftigen staatlichen Schub für die Profite – selbst tragenden konjunkturellen Aufschwung münden.

Was ist an dieser Überlegung richtig, was falsch?

Richtig ist zunächst einmal, daß die Investitionen einen Treibsatz für den Aufschwung der kapitalistischen Produktion bilden können. Ebenso freilich für die Krise, aber das ist hier nicht die Frage. Ursächlich ist dafür die Ausbildung eines ganz spezifischen Angebots- und Nachfrageverhältnisses in bezug auf die Investitionen unter kapitalistischen Bedingungen. Für Rohstoffe, Hilfsstoffe usw. ergibt sich aus der Produktion, wenn sie kontinuierlich verläuft, eine kontinuierliche Nachfrage. Bei den Investitionen bündelt sich dagegen die Nachfrage: Eine Fabrik muß voll und ganz stehen, ehe sie produzieren kann, die Investitionen dafür fallen also zusammengeballt in einem relativ kurzen Zeitraum an. Steht die Fabrik, so hört die Nachfrage nach Investitionsgütern schlagartig auf. Die Anlagen wirken über Jahre hinweg in der Produktion, ohne daß größere Nachfrage nach dieser Art Gütern wieder entsteht; von Reparaturen etc. abgesehen, die aber als Nachfrage begrenzt bleiben. Erst wenn die Anlagen verschlissen sind und erneuert werden müssen, schnell die Nachfrage nach Arbeitsmitteln, Elementen des fixen Kapitals, Investitionsgütern oder wie immer man sie benennt, sprunghaft in die Höhe. Das fixe Kapital hat also einen ganz eigentümlichen Umschlag, ganz anders als die Rohstoffe und die anderen Kapitalanteile, einschließlich der Arbeitskraft, die in jedem Produktionsprozeß verbraucht werden und sogleich wieder erneuert werden müssen.

Volkswirtschaftlich gesehen würde diese Eigenheit des Umschlags keine Rolle spielen, wenn sie nicht durch die Konkurrenz der Kapitale auf das Gesamtkapital übertragen würde. Ohne Konkurrenz könnte sich die Nachfrage des einzelnen Kapitals gleichmäßig über die Zeit verteilen; erst erneuert das eine seinen fixen Bestandteil, ist es fertig, folgt das nächste. Dann wäre auch die Nachfrage nach diesen Kapitalanteilen gleichmäßig über die Zeit verteilt, die Kapazitäten der Investitionsgüterindustrien immer mehr oder weniger ausgelastet. Das wird aber durch die Konkurrenz verhindert. Die Regierungen der kapitalistischen Staaten haben schon allerlei versucht, um das zu erreichen. Vergeblich. Kein Kapital kann zurückbleiben, wenn es um lukrative Märkte geht. Besten-

falls kommt es zu spät, aber es kann auch den Anschluß verlieren und verdrängt werden. Deshalb gerade nach einer Krise der Run der Kapitale, immer die ersten und die besten am Markte zu sein, lukrative Möglichkeiten zu nutzen, die Anlagen auf den neuesten technischen Stand, neue Produkte auf den Markt zu bringen. Deshalb schwillt auch volkswirtschaftlich die Nachfrage nach Elementen des fixen Kapitals periodisch an, um ebenso periodisch wieder beträchtlich abzufallen.

Diese Bewegung der Investitionen nach oben beschleunigt die allgemeine konjunkturelle Entwicklung (Akzelleratoreffekt) und sie multipliziert die Auftriebskräfte (Multiplikatoreffekt). Logischerweise, denn die Nachfrage nach Investitionsgütern strahlt aus: Es steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften und Rohstoffen in den Investitionsgüterindustrien, also die Beschäftigung, folglich der Markt für Konsumgüter, die Rohstoff- und Konsumgüterindustrien verspüren ihrerseits den Aufschwung und brauchen ebenfalls mehr Arbeitsmittel, Rohstoffe, Arbeitskräfte... Es ist eine Spirale, die da in Gang gesetzt wird, die schließlich für geraume Zeit in einen sich selbst tragenden Aufschwung mündet – bis dieser an seine Grenzen stößt und der ganze Prozeß in umgekehrter Richtung abläuft.

Das ist ein beachtlicher Prozeß. Während der Weltwirtschaftskrise von 1929/33 beispielsweise sanken die Investitionen bis 1932 auf 20, die Maschinenbau- und Industrieproduktion auf 40 bzw. 55 (1928 jeweils = 100), und die Indexziffern stiegen bis 1938 wieder, mit umgekehrtem Schwerpunkt, auf 170 bei den Investitionen und 144 bzw. 117 bei Maschinenbau und Industrie.¹ Es handelt sich um grobe Berechnungen, aber sie lassen die Vorreiterrolle der Investitionen erkennen. Nach dem zweiten Weltkrieg zeigen sich diese periodischen scharfen Schwankungen der Investitionsprozesse ebenfalls. Wenn man die einzelnen Industriezweige betrachtet, so zeigt sich dort ein Auf und Ab um bis zu plus/minus 50 Prozent und mehr. Gesamtwirtschaftlich gesehen haben sich die Schwankungen jedoch eine ganze Zeit lang in Grenzen gehalten: Von 1971 bis 1975 sind z. B. die Investitionen der Verarbeitenden Industrie um ca. 20 Prozentpunkte gesunken.² In dieser Zeit waren aber auch die Bedingungen andere: Die Konjunktur, einmal angelaufen, konnte mehr oder weniger aus dem vollen geschöpft werden. Erneuerungsinvestitionen wurden staatlich gefördert, staatliche Investitionen auf hohem Niveau in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen konnten den Hebeleffekt sinkender Investitionen des Privatkapitals bremsen, und ein hohes Beschäftigungsniveau sicherte eine relativ stabile Gesamtnachfrage nach Konsumgütern. Erst Anfang der 70er Jahre sind die Spannungen zwischen Produktionskapazitäten und Marktentwicklung, die sich im Laufe der Zeit ausgebildet hatten, überhaupt erstmalig schärfer zum Tragen gekommen. Bis dahin gab es auch außerhalb der Investitionsprozesse allerlei Wachstumsimpulse als Stimulantien der wirtschaftlichen Entwicklung.

Inzwischen haben sich die Spannungen verschärft, sie sind massiv auf die Beschäftigung durchgeschlagen, und die Fülle der Probleme zehrt die Mittel auf, die notwendig sind, um dem Ablauf des Mechanismus staatlich gegensteuern zu können. Die Aufstokung des Rüstungshaushalts ist da kein Ausgleich, denn sie schafft weder ausreichend Beschäftigung, noch stimuliert sie die Investitionsprozesse in dem notwendigen Ausmaß; die Rüstung verschlingt vielmehr zunehmend staatliche Mittel, ohne daß dadurch Absatzmärkte für die aufgeblähten Produktionskapazitäten entstünden. In dieser von Spannungen zerrissenen Wirtschaft, ohne Zugriff auf neue Quellen, verteilt die CDU-Regierung die vorhandenen Mittel um – zugunsten des Profits. Sie baut dabei auf den stimulierenden Effekt der Investitionen und greift deshalb massiv in den Besitzstand der Lohnabhängigen ein – immer in der Hoffnung, daß eine wiedereinsetzende Belebung die sozialen Spannungen schon wieder auffangen werde, die aus dieser Politik resultieren müssen. Das ist der praktische und theoretische Hintergrund der Wirt-

1 Berechnet nach bzw. entnommen: Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin 1957, Bericht Nr. 10; I. M. Faingar, Die Entwicklung des deutschen Monopolkapitals, Berlin (DDR) 1959

2 Vgl. E. Baumgart, S. Böhme, J. Schintke, Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren des Bergbaues und des Verarbeitenden Gewerbes in der BRD, Stat. Kennziffern, 25. Folge, 1971–1982, Westberlin Okt. 83, S. 76

schaftspolitik der CDU-Regierung; übrigens auch der Regierungen von Reagan und Thatcher.

Sind diese Erwartungen begründet?

Es gibt Bedingungen, die, rein äußerlich betrachtet, dafür sprechen könnten. Im vergangenen Jahrzehnt ist die wissenschaftlich-technische Entwicklung schnell fortgeschritten. Sehr viel schneller als ihre tatsächliche Umsetzung in Produktionstechnik, denn bis Ende der 60er Jahre hat das Kapital seine Kapazitäten noch weitgehend extensiv erweitert, und auch in den 70er Jahren blieben weitere Bereiche der Volkswirtschaft von einem grundlegenden technischen Erneuerungsprozeß ausgespart. Inzwischen hat die Mikroelektronik eine Technik hervorgebracht, die die vorhandene, im Gebrauch befindliche Technik in fast allen Arbeitsbereichen veralten läßt. Es wäre also denkbar, daß ein einmal gegebener massiver Anstoß zur Einführung dieser Technik durch die Konkurrenz solche Impulse für die Investitionen der Wirtschaft auslöst, daß dadurch ein erneuter Wachstumsprozeß in Gang gesetzt würde.

Leider kann das nicht funktionieren. Der alte, vormonopolistische Kapitalismus existiert nicht mehr, in dessen Begriffen die Politiker und Theoretiker des Großkapitals immer noch denken. Es gibt mindestens zwei Faktoren, die den hergebrachten Effekt der Investitionsprozesse verändern. Einer davon ist das Monopolkapital selbst.

Der Einfluß des Monopolkapitals

Der Multiplikatoreffekt der Investitionen ist paradoxerweise durch Keynes zu einem Zeitpunkt wieder zu Ehren gekommen – entdeckt wurde er schon viel früher –, als er eigenständige, sich selbst tragende Wachstumsperioden gar nicht mehr auslösen konnte: nach der Weltwirtschaftskrise von 1929/33. Zu Keynes' Zeiten war das Monopolkapital schon zur beherrschenden Existenzform des Kapitals geworden, und das Monopol beeinflußt den Multiplikatoreffekt der Investitionsprozesse, obwohl es ihre besondere Bewegungsform nicht verändert.

Wie wirkt sich das aus?

Früher, im vormonopolistischen Kapitalismus, als die Konkurrenz noch völlig freien Spielraum hatte, wurde periodisch durch eine Krise ein Teil des vorhandenen Kapitals vernichtet, und diese Vernichtung von Kapital machte den Weg frei für die weitere Entwicklung der überlebenden Kapitale. Man kann sich das etwa so vorstellen, wie es heute passiert, wenn ein Konzern reihum Betriebe aufkauft, aber nicht um sie zu betreiben, sondern um sie zu schließen. Er will nur ihre Absatzquoten übernehmen, um seine eigenen Kapazitäten besser auslasten und so mehr Gewinn machen zu können. Die Aufgabe der Wirtschaftskrisen liegt in der gleichen Richtung: Sie müssen überschüssige Kapazitäten, Produktionen und Strukturen beseitigen, die auf Grund des spontanen Ablaufs der kapitalistischen Entwicklung immer wieder entstehen, damit die restlichen Kapitale wieder atmen, d. h. Profit machen können und Raum zur Entwicklung erhalten. Sie können dann ihren Produktionsapparat modernisieren, denn der Einsatz modernerer Technik, vorher durch die beschränkten Marktmöglichkeiten begrenzt, lohnt sich wieder. Es ist für das Kapital nach der Krise sogar geboten, schnell und billiger am Markt zu sein, denn nur, wer schnell ist, kann alle Möglichkeiten ausschöpfen und seine eingeführte Stellung sichern. Am Ende der Krise kam daher immer ein Modernisierungsboom. Die Investitionen begannen in die Höhe zu schießen und so den Weg in den Aufschwung zu bahnen.

Im Monopolkapitalismus herrschen veränderte Bedingungen. Die Vernichtung des Kapitals nimmt andere Formen an, vor allem, weil sich im Konkurrenzkampf ökonomisch sehr starke Gegner gegenüberstehen. Bekämpfen sich solche Konkurrenten bis aufs Messer, so kommt keiner ungeschoren davon. Deshalb gibt es diesen ungezügelten Konkurrenzkampf kaum noch, zumindest im nationalen Rahmen. Es gibt Zusammenbrüche von Großkonzernen, aber sie werden nicht mehr durch hemmungslosen Kon-

kurrenzkampf verursacht; allenfalls erhalten sie dadurch den Todesstoß, wenn sie ohnehin schon nicht mehr mithalten konnten, mit den Stärkeren. Meist wird der Schwächere jedoch aufgekauft, oder die Konzerne fusionieren. Die Kapazitäten werden dann im Rahmen der neuen, größeren Konzerne bereinigt, oder man einigt sich im Rahmen einer Monopolgruppe über Stilllegungen. Das alles sind Prozesse, die wir gerade gegenwärtig in vielen Zweigen, in der Stahl-, Werft-, Computerindustrie usw. verfolgen können.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß dies dem Konkurrenzkampf seine Schärfe nähme. Im Gegenteil! Kapital ist immer privates Kapital, Kapital bestimmter Kapitalisten. Es geht also immer darum, wer die Gewinne einstreicht oder wer die Verluste trägt, wenn eine Krise heranreift. Jedes Kapital versucht daher, die Probleme für sich zu lösen, im Rahmen des Konzernwachstums, der Expansion, oder so lange durchzuhalten, bis ein anderes in Konkurs geht. Die Schärfe ergibt sich auch daraus, daß sich für das Kapital in niedergehenden Zweigen nur schwer andere Anlagemöglichkeiten eröffnen. Einmal sind immer ungeheuer große Kapitalmassen in den Anlagen fixiert. Das Kapital ist also vergleichsweise unbeweglich geworden. Zum anderen gibt es Schwierigkeiten bei der Neuanlage. Bei den heutigen Verhältnissen der Massenproduktion, bei der hohen Konzentration und Verflechtung der Produktion, muß ein Kapital in neue Sphären gleich sehr massiv einsteigen. Es riskiert dabei aber dadurch auch, die Marktverhältnisse umzuwälzen, so daß es statt der erwarteten Profite nur Verluste macht. Diese Gefahr ist groß, denn die bereits angesiedelten Kapitale geben ihr Terrain ja nicht kampfflos preis. Die Vernichtung von Kapazitäten im eigenen Bereich der Konzerne oder der Aufkauf geschwächter Konkurrenten ist dann selbst ein Hebel im Konkurrenzkampf – ein Mittel, um modernisieren, mehr Profit machen, länger durchhalten, Marktanteile erobern zu können. Das löst aber die heranreifenden Spannungen nicht. Sie kumulieren vielmehr, bis die Krise unvermeidbar wird.

Wie beeinflußt das Monopol die Bewegung der Investitionsprozesse?

Generell ist zunächst einmal festzuhalten, daß die zyklische Bewegung der Investitionsprozesse bestehen bleibt. Wenn hier Einflüsse festzustellen sind, dann nicht durch das Aufkommen der Monopole, sondern durch staatliche Maßnahmen. Zwischen den Konzernen der einzelnen Branchen findet jedenfalls eine zeitliche Auffächerung der Investitionen nicht statt; sie schwanken vielmehr nach wie vor in den einzelnen Zweigen des produzierenden Gewerbes erheblich.³ Das war nicht anders zu erwarten, denn der allgemeine Rahmen ist nicht aufgehoben, in dem sich die Prozesse vollziehen, und sie werden nach wie vor vom Kampf um Profitvorteile bestimmt. Aus diesem Grund wirken auch die eingangs gezeigten Ursachen weiter, die eine relative Zusammenballung der Investitionsprozesse des Gesamtkapitals zur Folge haben. Das Kapital reagiert massenweise auf alle Veränderungen der Verwertungsbedingungen. Der Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals wird nach wie vor in seine zyklische Bewegung gedrückt. Den Einfluß anderer Faktoren – bessere Planbarkeit der Kapazitätsentwicklung durch hochkonzentrierte, produktionsbeherrschende Kapitale etc. – will ich hier nicht weiter untersuchen, weil keiner, soweit ich das übersehen konnte, geeignet war, diese typische Bewegungsform zu durchbrechen. Ersatz und Erweiterung des fixen Kapitals erfolgen also auch im Monopolkapitalismus relativ zusammengeballt. Jedoch beeinflußt das Monopol den Ablauf der Investitionsprozesse in einer anderen Weise, die für die Entwicklung der Gesamtkonjunktur wichtig ist.

Die Monopole können die allgemeinen Bedingungen der Konjunktur nicht ändern. Sie streben das auch gar nicht an, weil für sie, als privates Kapital, der Einsatz zur Veränderung allgemeiner gesellschaftlicher Bedingungen sinnlos ist und eine reine Vergeudung von Mitteln darstellt. Monopole passen sich vielmehr den gegebenen Bedingungen an, d. h. sie haben das Bestreben, den Profit unter den jeweils gegebenen Bedingungen zu

³ Vgl. ebenda, S. 77

maximieren. Als Folge der Formen dieser Profitmaximierung kann der Mechanismus nicht mehr voll wirksam werden, durch den die Investitionsprozesse früher zur Grundlage des Konjunkturaufschwunges wurden.

Durch die Konzentration der Produktion und des Kapitals im Laufe der Entwicklung haben sich die grundlegenden Rahmenbedingungen für den Ablauf der Prozesse wesentlich verändert. Im vormonopolistischen Kapitalismus setzte nach einer Krise bei den überlebenden Kapitalen stets eine großangelegte Erneuerung der Anlagen auf moderner technischer Basis ein. Die Konkurrenz zwang einfach zur Verbilligung der Produktion und zur Neustrukturierung des Produktionsprogramms, um sich den gegebenen Marktbedingungen anzupassen; ein Prozeß, der heute gern als „Angebotsorientierung“ umschrieben wird. Jedes einzelne Kapital suchte die Krise um jeden Preis zu überleben. Kapitalvernichtung war zwar nicht zu umgehen, aber eine ihrer Hauptformen war nicht die Vernichtung von Kapazitäten, sondern die Verschleuderung von Waren zu niedrigen Preisen. Stillgelegt wurde ein Betrieb erst dann, wenn ein anderer Ausweg nicht mehr gegeben war. Im Monopolkapitalismus sieht das anders aus. Kapitalvernichtung in Form von Schleuderpreisen ist zur Ausnahme geworden. Heutzutage ist Kapitalvernichtung durch Betriebsstillegungen zur Regel geworden, weil dies nicht nur Kapital vernichtet, sondern zugleich dazu dient, den Profit zu maximieren. Deutlich zu erkennen ist diese Veränderung erstmalig während der Weltwirtschaftskrise von 1929/33: In keinem Industriezweig wurde ein so hoher Prozentsatz an Betriebsstillegungen erreicht wie im Monopolbereich. Die Vereinigten Stahlwerke legten z. B. weit mehr als die Hälfte ihrer Werke still. Von den 277 Betrieben und Stahltrusts, die im Jahre 1926 produzierten, fungierten 1933 nur noch 128.⁴ In nichtmonopolisierten Bereichen war dagegen ein Rückgang der Betriebszahl um 20 Prozent schon als sehr hoch zu betrachten.⁵ Selbst in der Textilindustrie, in der sich die Zahl der Betriebe seit Jahrzehnten erheblich vermindert hatte, sank sie infolge der ganz ungewöhnlich scharfen Krise nur um rund 45 Prozent.⁶

Ein besonderes Merkmal der Kapitalverwertung im Einflußbereich der Konzerne ist es, daß sie alte und moderne Anlagen nebeneinander fungieren lassen.⁷ Bei dem hohen Anteil fixer Kapitalbestandteile am Gesamtkapital ist die Anpassung der Produktion an Marktschwankungen ohne drastische Senkung der Profite nur noch schwer möglich. Technisch rückständigere Anlagen dienen daher der Befriedigung von Nachfragespitzen. Bei Absatzrückgang wird von den Konzernen dann die Produktion zuerst in den alten, weniger rentabel arbeitenden Anlagen eingeschränkt, während die modernen Anlagen mehr oder weniger voll ausgelastet werden. Die Vorteile der Massenproduktion können so auch bei sinkender Produktion voll ausgenutzt werden. Deshalb kann der Monopolprofit auch bei sinkender Produktion noch steigen. Auf diese Weise, durch die Stilllegung oder Inbetriebnahme von Anlagen kann die Produktion in gewissen Grenzen dem Markt so angepaßt werden, daß der unter den gegebenen Bedingungen mögliche Höchstprofit erzielt wird.

Heute können wir die gleichen Prozesse beobachten. 1982/83 sind z. B. in der BRD rund 32 000 Firmen insolvent geworden, das sind nicht einmal zwei Prozent der bestehenden Aktiengesellschaften und GmbHs, von anderen Unternehmensformen ganz abgesehen. Die Stahlindustrie hat dagegen 17, die Mineralölindustrie 20 Prozent ihrer Kapazitäten stillgelegt, und der Stilllegungsprozeß hat erst begonnen!⁸ Dieser Prozeß könnte großen Einfluß auf die Beschäftigung haben, denn heute entfallen rd. 61 Prozent der industriellen Arbeitsplätze in der BRD auf etwa 2000 Großbetriebe. Die logische Folge dieser Vorgänge ist es, daß die Belebung der Produktion und die Anstöße zum Aufschwung durch große Investitionsprozesse gehemmt werden. Unter dem Druck der

4 Faingar, a.a.O., S. 24

5 Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1938, S. 156 f.

6 Ebenda

7 Vgl. Th. Brandt, Techniker und Kaufmann in der Unternehmensplanung, in: Der Volkswirt, Frankfurt a. M., Nr. 29, 1959, Beilage, S. 28 ff.

8 Vgl. Die Wahrheit, Westberlin, fortlaufend

Konkurrenz und mit dem Ziel einer besseren Verwertung gehen die Monopole zwar zu einer Modernisierung ihrer Anlagen über, aber dieser Prozeß beschränkt sich auf die weiterhin fungierenden Anlagen, während die anderen Anlagen erst später, im Laufe eines möglichen Aufschwungs, in ihn einbezogen werden. Solange die Märkte nicht wirklich neue Absatzmöglichkeiten von beträchtlichem Umfang erwarten lassen, erhöhen die Monopole eher die Preise, als daß sie die stillgelegten Anlagen wieder in Betrieb nehmen, denn diese Anlagen würden die Zufuhr zum Markt sehr stark erhöhen und auf Preise wie Profite drücken. Wie die Monopole unter solchen Umständen agieren, zeigt sich am besten in der Mineralölindustrie: ESSO hat von drei Raffinerien eine stillgelegt, BP seine Raffineriekapazität von 24 Mill. t auf fünf Mill. t jährliche Durchlaßfähigkeit reduziert; BP will freilich diese Kapazität wieder durch eine Anlage um vier Mill. t aufstocken, die schweres Heizöl zu gängigeren Produkten veredelt. Man sieht, daß das Auf und Ab der Benzinpreise nur dazu dient, ein für den Profit optimales Verhältnis von Produktionskapazitäten und Absatzmöglichkeiten zu erreichen. Alte Anlagen werden erst in Betrieb genommen oder gar erneuert, wenn die Nachfrage bereits so gewachsen ist, daß ihr Einsatz Monopolprofite ermöglicht.

Durch die Profitstrategien der Monopole wird also der Umfang der Investitionsprozesse nach der Krise im Vergleich zum vormonopolistischen Kapitalismus gedrückt und auf vergleichsweise niedrigem Niveau gehalten. Die Impulse, die von den Investitionsprozessen auf die Gesamtwirtschaft ausstrahlen, bleiben schwach, die Produktion stagniert faktisch, und es bedarf erst massiver äußerer Anstöße, um eine echte Belebung hervorzurufen. Man kann leicht ermessen, daß die Beschränkung der Massenkaufrkraft durch Arbeitslosigkeit, Lohndruck und Einschnitte im sozialen Bereich unter diesen Umständen genau in die falsche Richtung zielt: Sie verschärft die Krise bzw. hält die gedrückte Produktion auf der Talsohle fest.

Je höher der Anteil der Zweige mit hochkonzentrierter Produktion an der gesellschaftlichen Gesamtproduktion ist, je größer folglich der Bereich der monopolisierten Produktion, um so stärker müssen sich diese Einflüsse geltend machen. Durch die Profitstrategien des monopolisierten Kapitals wird der Multiplikatoreffekt der Investitionsprozesse aufgehoben! Die Investitionsverläufe spiegeln diesen Einfluß deutlich wider. Im Bereich der Montanindustrie (Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie) beispielsweise sanken die Investitionen von 537 Mill. RM 1928 auf 63 Mill. In den Jahren 1932 und 1934 bzw. 1935 stiegen sie schon wieder sprunghaft auf 162 bzw. 333 Mill. RM.⁹ Die Modernisierung der Anlagen nach der Krise setzte im Monopolbereich also durchaus ein, aber der Umfang der Investitionen blieb weit unter dem Stand von 1928. Die Investitionen allein der Vereinigten Stahlwerke machten rund 20 Prozent aller industriellen Investitionen in dem Zeitraum von 1929 bis 1932 aus. Daran läßt sich erkennen, daß der Anteil der monopolisierten Bereiche innerhalb der Industrie schon beträchtlich war. Tatsächlich fehlten dann auch die Triebkräfte der Investitionsprozesse für den allgemeinen Aufschwung; der Krise folgte eine langandauernde Stagnation.¹⁰

Heute ist die konjunkturelle Situation verschieden von der in den Jahren 1933/34. Damals hatte die Kapitalvernichtung und der großangelegte Zentralisationsprozeß des Kapitals bereits stattgefunden; die Krise hatte ihn bewirkt. Heute hat dieser Prozeß bisher erst einzelne Anlagen und vergleichsweise wenige Betriebe erfaßt. Der Stilllegungsprozeß von Konzernbetrieben hat in massiveren Formen eigentlich erst 1983 begonnen. Bis dahin wurden bestehende Widersprüche vom Monopolkapital mit staatlicher Hilfe überbrückt. Die Folge war jedoch, daß die Krisen ihre eigentliche Funktion nicht erfüllten; der reinigende Effekt, die Voraussetzung für neue Aufschwünge, blieb aus.¹¹ Das gilt übrigens auch über die BRD hinaus. Sowohl Reagan (USA) als auch Thatcher (Großbritannien) betonen gerade diesen Punkt und begründen ihr skrupelloses unsoziales

⁹ Stat. Jb. f. d. Dt. Reich, 1938, a.a.O.

¹⁰ Vgl. R. Katzenstein, Die Investitionen, Westberlin 1974, S. 122 ff.

¹¹ Vgl. Peter Heß, Grenzen des Kapitals: Wissenschaftlich-technische Revolution und Verwertung, in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin (DDR), H. 9/83

Vorgehen in der Wirtschaftspolitik gerade damit, daß dieser Reinigungseffekt nachgeholt werden müsse. Wachsende Arbeitslosenzahlen zeigen, daß Kapitalvernichtung und Rationalisierung voll in Gang gekommen sind. Der erwartete Aufschwung bleibt aber aus. Steigerungen des Bruttosozialprodukts um wenige Prozentpunkte, wie sie jetzt in den USA, in England oder der BRD zu vermelden sind, bleiben ohne wirklich tragende Grundprozesse nicht mehr als normale Schwankungen einer Stagnationsperiode; auch vor der Krise von 1929/33 und während der Stagnationsphase nach dieser Krise gab es solche Schwankungen. Positive Impulse für die Grundprozesse aber sind nicht zu erkennen.

Hinsichtlich der Investitionsbewegung beginnen sich die Profitstrategien der Monopole auszuwirken. In der Mineralölindustrie liegen die Investitionen beispielsweise seit 1979 im Schnitt um etwa 25 Prozent geringer als im Durchschnitt der Jahre von 1970 bis 1978, obwohl der Abbau der Raffineriekapazitäten noch nicht begonnen hatte.¹² 1982 stiegen diese Investitionen zwar kräftig an, aber das ist darauf zurückzuführen, daß mehrere Konzerne begonnen hatten, jeweils eine ihrer Raffinerien mit Konversionsanlagen auszustatten, in denen schweres Heizöl in leichter absetzbare Produkte aufgespalten werden kann. Inzwischen hat nun auch der Stilllegungsprozeß ganzer Raffinerien begonnen.

In der Stahlindustrie ist der eigentliche Stilllegungsprozeß ganzer integrierter Stahlwerke noch nicht in Gang gekommen. Auf vollen Touren läuft aber schon die Stilllegung von Profil- und Grobblechstraßen und einzelnen Stahlwerkaggregaten.¹³ Dennoch liegen die Investitionen auch in diesem Bereich schon unter dem Durchschnitt der ersten Hälfte der 70er Jahre.¹⁴ Trotz der Modernisierung von Teilanlagen und steigendem Minimeinsatz von fixem Kapital gehen die durchschnittlichen Investitionen also zurück – das zeigt den Einfluß der Profitstrategien des Monopolkapitals; und der Faktor, daß die eigentlichen Stilllegungsprozesse erst gerade begonnen haben, läßt erwarten, daß vom Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals her kein belebender Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung ausgehen wird.

Die Krisen der 50er und 60er Jahre

Alle Krisen, die bisher in den 60er, 70er und 80er Jahren stattgefunden haben, haben die von der anarchischen, ausschließlich profitorientierten Entwicklung hervorgebrachten relativ überschüssigen Kapazitäten und Strukturverzerrungen nicht beseitigt. Diese Bereinigung steht noch vor der Tür. Sie wird allerdings nicht nur negativ auf die Investitionsprozesse einwirken, als schlichte Vernichtungsaktion von Überschußkapital, sondern auch positive Wirkungen auslösen, weil sie Raum schafft für die Entwicklung neuer Strukturen. Von ihr werden also auch Impulse ähnlich der 50er und 60er Jahre ausgehen, als der Krise im Kohlebergbau der Ausbau der Mineralölindustrie und die Umstellung der Wirtschaft auf die neue Energie gegenüberstand. Es ist aber sehr fraglich, ob diese positiven Einflüsse starke allgemeine Wachstumsimpulse auslösen können, weil die Situation ganz anders geartet ist.

Der Vorstoß der Mineralölindustrie in der BRD in den 50er Jahren löste seinerzeit Impulse aus, die sukzessive über den unmittelbaren Zusammenhang der Energiewirtschaft weit hinauswirkten. War der Autoboom der 50er Jahre für die internationalen Ölkonzerne erster Anlaß zum Aufbau von Raffineriekapazitäten in der BRD, so begannen die Nebenprodukte der Benzinherstellung – Heiz- und Dieselöl, leichte Benzine usw. – schon in den Bereich der Wärmeerzeugung, die Elektrizitätswirtschaft, die Chemische Industrie, die Textilindustrie, das Verkehrswesen hineinzuwirken. Diese Prozesse gewannen eine solche Bedeutung, daß die früheren Nebenprodukte der Produktion in mancher Raffinerie schon zu Hauptprodukten wurden. Der Verbrauch aller Erzeugnisse

¹² Berechnet nach: Produktionsvolumen . . . , a.a.O.

¹³ Vgl. H. Börner, Die Stahlkrise und ihre Moderatoren, in: Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf, v. 17. 2. 83

¹⁴ Vgl. Produktionsvolumen . . . , a.a.O.

schwoll an, neue und größere Kapazitäten entstanden, und dies wiederum machte den Rohrleitungstransport des Rohöls rentabel: Das Tor für billige Massenproduktion von Raffinerieprodukten war geöffnet. Billiges Benzin öffnete der Autoindustrie neue Käuferschichten. Massenproduktion und Verbilligung der Automobilherstellung kamen hinzu, als einzelne Typen die Hemmschwelle der Automatisierung überschritten, die bei einer Mindestproduktion von 100 000 Stück pro Jahr lag. Die Konkurrenz setzte die automatischen Produktionsverfahren weiter durch usw. usf. Die Kehrseite der Medaille: Der Kohlebergbau geriet in die Krise, Autokonzerne verschwanden, die chronische Krise der Bahn begann usw. Insgesamt aber strahlte die ganze Entwicklung so viele Wachstumsimpulse aus, daß die Leichen am Wege verkräftet wurden. Dazu trugen weitere Bedingungen bei.

Es gab in den 50er und 60er Jahren zwar schon eine Fülle technischer Neuerungen. Die Arbeitsproduktivität konnte sich, im Vergleich zu früheren Jahren, schnell entwickeln. Wo automatische Verfahren eingeführt wurden, gab es sogar spektakuläre Produktivitätssteigerungen von 300 und 400 Prozent und mehr. Aber diese wirklich grundlegende technische Entwicklung, die Automatisierung der Produktion, stand nur den Großkapitalen mit ausgesprochener Massenproduktion offen. Weite Bereiche blieben davon unberührt. Dieser ganze hier nur in Umrissen gezeigte Expansionsprozeß des Kapitals war folglich mehr oder weniger extensiv, und das wiederum brachte es mit sich, daß der Bedarf an Arbeitskräften rapide stieg und an Grenzen stieß. Das Kapital erschloß sich neue Arbeitskräftereservoirs: Einige Millionen Arbeitskräfte wurden mit der Gründung der EG durch die Krise der Landwirtschaft für das Kapital verfügbar gemacht, die DDR (vor 1961), Italien, Griechenland, Spanien, Jugoslawien, schließlich die Türkei dienten als Reservoir. Dieser starke Bedarf des Kapitals an Arbeitskräften war wiederum ein günstiger Boden für die Arbeiterklasse, um höhere Löhne durchzusetzen. Beides, Steigerung der Arbeitskräftezahl und der Löhne, ließ die Massenkaufkraft rapide steigen, und dies gab wiederum der Kapitalexpansion in weiteren Bereichen neue Impulse. In den Krisen der 50er und 60er Jahre war diese Steigerung der Massenkaufkraft sogar das Netz, das den Rückgang der Produktion auffing und stoppte.

Es war eine Bilderbuchexpansion, wie aus einem Lehrbuch der Ökonomie entnommen: Kapitalexpansion mit entsprechend rapide steigenden Investitionen, davon ausgehend neue Impulse, Wirkungen von und nach allen Richtungen, kurzum, es hatte sich aus der Belebung am Anfang ein „sich selbst tragender konjunktureller Aufschwung“ entwickelt, wie die Lehrbücher das nennen. Heute ist die Situation aber völlig anders.

Was ist zu erwarten?

Die Produktionskapazitäten des deutschen Kapitals sind durch eine Expansion geprägt, die sich weder am inneren Bedarf der Gesellschaft in der BRD noch an der Entwicklung im Ausland orientierte, sondern von einer maßlosen Jagd nach Profit angetrieben wurde. Spannungen haben sich ausgebildet, überschüssige Kapazitäten und verzerrte Strukturen sind entstanden, die auf die Profite drücken und das Kapital veranlassen, nach immer neuen Möglichkeiten der Profitsteigerung zu suchen. Neue Produktionsverfahren werden eingeführt, Arbeitskräfte entlassen. Die Konkurrenz verschärft sich, immer neue Betriebe fallen ihr zum Opfer, immer von neuem fällt Bedarf nach Anlagegütern und Arbeitskräften weg, d. h. der Markt wird durch die Bewegung des Kapitals selbst eingeschränkt. Das ist ein Prozeß, der aus sich selbst heraus immer wieder neue Impulse erhält, ebenso wie der Aufschwung auch – nur dreht sich das Rad jetzt in der anderen Richtung. Der einzige Prozeß, aus dem sich entgegenwirkende Impulse ergeben könnten – wenn man diesen Mechanismus so weiterlaufen läßt –, wäre tatsächlich der Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals. Die Grundlage für ihn ist allerdings nicht mehr die allgemeine Expansion des Kapitals, wie zuvor, sondern nur die Erneuerung und Modernisierung des Anlagekapitals, und dieser Prozeß wird immer mehr durch die Profitstrategien des Monopolkapitals beeinflusst; seine Basis wird eingengt.

Überdies zeichnen sich neue Momente ab, die in der gleichen Richtung wirken. Während des letzten Jahrzehnts hat die wissenschaftlich-technische Revolution wesentliche Fortschritte in der Automatisierungstechnik gebracht. Die Automatisierung ist anpassungsfähiger an kleinere Losgrößen, Typenwechsel oder sonstige Veränderungen geworden, überdies auch billiger, und sie ist für neue Arbeitsbereiche, wie die Verwaltung etc., aufgeschlossen worden. Es gibt kaum noch volkswirtschaftliche Bereiche oder Arbeitsvorgänge, die für sie verschlossen sind. Daraus folgt aber auch, daß sich der Konzentrationsprozeß von Kapital und die mit ihm verbundene Kapitalvernichtung, die sich bisher nur in bestimmten, begrenzten Bereichen abspielte, nun weiter ausdehnen werden, denn diese Technik läßt die Produktionskapazität jeweils sprunghaft ansteigen. Ohne kräftiges Absatzwachstum muß ihre Einführung deshalb auf der anderen Seite Kapazitätsabbau bedeuten.

Dem wird oft der Begriff des „anlagesparenden Typs der Technik“ entgegengehalten, die heutzutage im Vordringen sei und die Anpassungsfähigkeit des Kapitals an veränderte Marktbedingungen erhöhe. Der Begriff ist jedoch unexakt, die Schlußfolgerungen sind nur für Ausnahmefälle richtig. Eine Technik, die bereits das Kapitalminimum verringert, das zu Beginn einer Produktion einzusetzen ist – damit sie überhaupt beginnen kann –, ist äußerst selten. In der Regel gibt es diesen Typ der Technik nur in der Form, daß bereits eingeführte Technik durch Verbesserungen dieser Technik selbst oder der Verfahren zu ihrer Produktion verbilligt wird. Als Beispiel kann man auf die Verbilligung der Computer seit ihrer Einführung verweisen. Das bedeutet aber noch nicht, daß sich auch der Einsatz computergestützter Technologien verbilligt. Computergestützte Werkzeugmaschinen (CNC-Maschinen) verteuern sich gegenüber herkömmlichen Maschinen allein schon durch den Anteil der Steuerungsaggregate an ihrem Wert um mindestens 20 Prozent.¹⁵ Autoren, die davon sprechen, daß hier keine Verteuerung stattfindet, haben dabei die NC-Maschine im Auge, die selbst schon Programmsteuerung besitzt. Aber selbst in einem solchen Fall steigt das Minimalkapital in der Regel ganz beträchtlich, weil die CNC-Maschinen Mehrmaschinenbedienung ermöglichen; selbst wenn nur eine Arbeitskraft eingesetzt wird, muß also von vornherein ein Vielfaches an fixem Kapital eingesetzt werden. Die Kapitalintensität steigt häufig sogar so sehr, daß die Kapitale zum Schichtbetrieb übergehen, um eine optimale Maschinenauslastung zu erreichen.¹⁶ Das erhöht die Kapazität zusätzlich.

Bei dem anlagekapitalsparenden Techniktyp handelt es sich meist nicht um eine absolute Verringerung des fixen Kapitals, schon gar nicht um eine Verringerung je eingesetzter Arbeitskraft, sondern allenfalls um eine Senkung des Verschleißsteiles von fixem Kapital je Einheit des mit Hilfe dieser Anlagen hergestellten Erzeugnisses; die Leistungskraft der Maschine steigt stärker als ihr Wert, und folglich sinkt der Abschreibungsanteil je Produkteinheit. Das ist alles, aber das bedeutet eben auch eine beträchtliche Kapazitätssteigerung bei Einsatz dieser Technik. Das ist der Regelfall! Im übrigen aber ist das auch völlig egal. Nur in einem Falle würde der Einsatz neuer Technik nicht zwangsläufig eine Kapazitätserweiterung bedeuten: Wenn die Leistungskraft der Anlage gleichbleibt und sich ihr Wert verringert. Steigt ihre Leistungskraft und damit die Arbeitsproduktivität, so setzt sich ihre Leistungskraft früher oder später als kapazitätsbestimmend durch, denn sobald diese Technik in der Produktion auch nur einigermaßen häufig vertreten ist, beginnt sie die zur Produktion der Ware, deren Herstellung sie dient, gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeit, d. h. ihren Wert, zu bestimmen. Die Konkurrenz sorgt dann dafür, daß alle Kapitale diese Technik anwenden und ihre Leistungskraft voll ausnutzen müssen. So wirken die „Markt“-Gesetze, wirkt das Wertgesetz nun einmal. Auch anlagekapitalsparende Technik muß folglich, welchen Typs auch immer, Kapitalvernichtung zur Folge haben, wenn nicht die Absatzmöglichkeiten für die Waren sich im gleichen Tempo erweitern wie die Kapazitäten. Das aber ist selten der Fall, und

¹⁵ Vgl. U. Klotz, Computereinsatz in der industriellen Fertigung, in: AFA-Informationen, Köln, H. 6/81, S. 7

¹⁶ Vgl. K. Benz-Overlage, Automatisierung der Fertigung im Maschinenbau und ihre Folgen für die Arbeitsgestaltung, in: WSI-Mitteilungen, Köln, H. 2/83, S. 81

sicherlich nur in sehr begrenztem Maße in einer Situation, wie sie heute besteht. Auch dieser Typ der Technik wirkt also einschränkend auf den Umfang der Investitionsprozesse, weil der Kapazitätsausdehnung auf der einen Seite Betriebsstillegungen auf der anderen gegenüberstehen.

Echte, einen multiplizierenden Effekt auslösende Impulse für den Reproduktionsprozeß des fixen Kapitals wären also nur dann zu erwarten, wenn sich der Markt ganz allgemein erweitern ließe. Wie steht es damit?

Steigert die neue Technik die Nachfrage?

Diese Frage kann nur relativ gemeint sein, denn wie immer die Nachfrage steigt, Spannungen müssen sich ergeben, wenn die Kapazitäten noch schneller steigen. Es geht immer um das Verhältnis von Produktion und Markt (übrigens gilt das auch bei strukturellen Verzerrungen, bei Disproportionen). Fangen wir also bei der *Produktionsseite* an. Wie wird sich die Produktivkraft der menschlichen Arbeit entwickeln, wenn die moderne Technik zum Einsatz kommt? Wie die Kapazitäten?

In der Volkswirtschaft der Bundesrepublik spielen computergestützte Technologien noch keine entscheidende Rolle. Wir haben es erst mit den Anfängen zu tun. Aber die Schnelligkeit, mit der diese Arbeitsmittel die Arbeitstechnik in der Volkswirtschaft zu verändern beginnen, ist beachtlich. Nehmen wir als Beispiel die Werkzeugmaschinen. In sieben Jahren, von 1970 bis 1976, hat sich die Produktion von NC-Maschinen nicht einmal verdoppelt; sie waren nicht anpassungsfähig genug für Produktionen auf kleiner Stufenleiter und mit häufigerem Typenwechsel. 1977 begannen die CNC-Maschinen in der Produktpalette des Werkzeugmaschinenbaus eine Rolle zu spielen. Bis 1981, in nur fünf Jahren, hat sich ihre Produktion nicht nur verachtfacht, sondern sie hat auch die NC-Maschine fast völlig aus dem Programm verdrängt.¹⁷

Den entscheidenden Schritt vorwärts in der technischen Entwicklung bildet dabei die Mikroelektronik. Sie spielt für die Steuerung der Arbeitsmittel eine ähnliche Rolle wie früher der Elektromotor für ihren Antrieb. Welches Tempo die Entwicklung hier einschlägt, über die Werkzeugmaschine hinaus, zeigt sich daran, daß der Anwendungsgrad der Mikroelektronik von 5,3 Prozent der Maschinenbauproduktion 1978 bis 1982 auf 16,7 Prozent gestiegen ist; eine Prüfung der Maschinenbauprodukte auf ihre Eignung für den Einsatz der Mikroelektronik hat überdies ergeben, daß rund 81 Prozent aller untersuchten Produkte als „mikroelektronikgeeignet“ eingestuft werden konnten.¹⁸ Der Maschinenbau aber ist der entscheidende Versorgungsträger der Volkswirtschaft mit Arbeitsmitteln. Hier kommt also einiges auf uns zu!

Tatsächlich haben die Automatisierungstendenzen in der BRD von 1981 bis 1983 auch beträchtlich zugenommen. In erster Linie war davon, im verarbeitenden Gewerbe, noch die Fertigung und die Fertigungssteuerung betroffen, zunehmend aber auch Entwicklung und Konstruktion, Material- und Lagerwirtschaft, wobei die rapide Zunahme der Automatisierungsinvestitionen in Bereichen wie den Investitionsgüterindustrien, in denen weit mehr kleine und mittlere Unternehmen angesiedelt sind als etwa in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, zeigt, daß jetzt ganz neue Bereiche in den Prozeß einbezogen werden.¹⁹ In die gleiche Richtung weist die Automatisierung der Montagearbeiten. Man rechnet damit, daß längerfristig etwa die Hälfte aller Werkstätten in der BRD an Arbeitsplätzen mit programmgesteuerten Arbeitsmitteln tätig sein werden.²⁰ Soweit zur möglichen Verbreitung dieser Technik, nun zu den Auswirkungen auf die *Arbeitsproduktivität*.

Der Einfluß computergestützter Systeme auf die Arbeitsproduktivität ist enorm. Selbst in Bereichen wie der Konstruktion, früher sehr arbeitsintensiv, verkürzen sich die Bear-

17 R. Schneider, Computertechnologien in der Produktion, in: WSI-Mitteilungen, Köln, H. 2/83, S. 76

18 J. Goldberg, Mikroelektronik im Maschinenbau, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, H. 11/83, S. 1517

19 Vgl. R. Schneider, a.a.O., S. 66, Tab. 1

20 Ebenda, S. 67

beitungszeiten auf ein Drittel bis ein Sechzehntel.²¹ In anderen Bereichen ist das Steigerungspotential noch größer. Das sind also die Größenordnungen, mit denen man rechnen muß.

Eine umfassende Übersicht darüber, wie groß die Bereiche sind, die von der Automatisierung erfaßt werden können, gibt es noch nicht. Soweit Untersuchungen vorliegen, zeigt sich jedoch, daß wir es hier mit einem breitangelegten Prozeß zu tun haben. Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes sind z. B. ca. 1,1 Mill. Arbeitskräfte in der BRD mit Montagearbeiten beschäftigt. Das sind fünf Prozent der Lohnabhängigen und zehn Prozent der Arbeiter in der BRD. Mehr als die Hälfte davon wird durch die Montageautomatisierung betroffen.²² Nehmen wir einmal an, für andere Tätigkeitsbereiche gelten ähnliche Relationen. Das würde bedeuten, daß etwa die Hälfte aller Tätigkeiten in der BRD der Automatisierung offenstünden. Die Einstufung von 81 Prozent der untersuchten Maschinenbauerzeugnisse als mikroelektronikgeeignet deutet in die gleiche Richtung. Es kommt hier aber gar nicht darauf an, wirklich exakte Zahlen zu erreichen. Selbst wenn sich nur bei einem Drittel der Arbeitsplätze eine Steigerung der Arbeitsproduktivität auf nur das Dreifache ergäbe, hieße dies, daß sich die Gesamtkapazität der Volkswirtschaft auf das Anderthalbfache erhöht. Das Bruttosozialprodukt stiege um 50 Prozent – oder aber, die Zahl der Arbeitsplätze säne um ein Drittel; denn zwei Drittel der Beschäftigten würden ausreichen, um das bisherige Bruttosozialprodukt zu erarbeiten. Etwa sieben Millionen Arbeitslose mehr! (Wenn mir kein Denkfehler unterlaufen ist. Diese Bemerkung ist nötig, denn das Gehirn sträubt sich einfach, das bei so vorsichtiger Berechnung für möglich zu halten.)

Gehen wir zur *Marktseite* über. Im Schnitt der Jahre von 1970 bis 1981 betrug das Wirtschaftswachstum in der BRD real etwa 30 Prozent, das sind pro Jahr etwa 2,7 Prozent.²³ Es wäre also unreal, eine dem Kapazitätswachstum entsprechende Marktentwicklung zu erwarten.²⁴ Die Steigerung der Arbeitsproduktivität mit Hilfe der modernen Technik macht aber *zunehmendes* Tempo des Wachstums erforderlich, wenn die Zahl der benötigten Arbeitskräfte gleichbleiben soll. Eine Autorengruppe hat errechnet, daß eine einprozentige Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 1950 bis 1960, bei relativ geringem Produktivitätswachstum, noch eine Zunahme der Beschäftigung um 0,25 Prozent mit sich brachte. Von 1960 bis 1970 beschleunigte sich das Produktivitätswachstum, mit dem Ergebnis, daß diese einprozentige Zunahme des BIP bereits von einem leichten Rückgang der Beschäftigung um 0,07 Prozent begleitet war; von 1970 bis 1980, bei wiederum beschleunigtem technischem Fortschritt, war es dann schon ein Beschäftigungsrückgang von 0,5 Prozent.²⁵ D. h. je höher die Produktivitätssteigerung, um so stärker muß das Wachstumstempo sein, um auch nur das Beschäftigungsniveau halten zu können. Die Produktivität wird in den kommenden Jahren durch die Einführung der modernen Technik und die sie begleitende Zentralisierung des Kapitals in einem Maße steigen, wie es bisher nur in einzelnen Branchen sichtbar wurde.

Was tun?

Auf den ersten Blick ist zu erkennen, daß die Regierungspolitik dieser Situation nicht angemessen ist. Sie greift in die Besitzstände der Werk tätigen einschließlich der Rentner ein, schmälert ihr Einkommen, schränkt folglich einen Markt ein, der die konjunkturelle Entwicklung stabilisiert hat und sie nach unten hin absichern könnte. In der gleichen Richtung wirkt die Einschränkung staatlicher Ausgaben hinsichtlich anderer drängender gesellschaftlicher Bedürfnisse.

21 Vgl. Ebenda, S. 74, Tab. 3

22 Vgl. M. Muster, G. Feith, Montageautomation, Arbeitsheft der IG Metall, Frankfurt a. M. 1983, S. 17

23 Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1982, S. 530

24 Vgl. dazu: Arbeitsgruppe Wirtschaftsberichte, Mehr Wachstum = mehr Beschäftigung? Eine problematische Gleichung, in: Konsequent, Westberlin, H. 3/83, S. 16

25 Ebenda, S. 14

Es handelt sich dabei um eine Politik der Umverteilung zugunsten der Unternehmer mit dem Ziel, eine Investitionssteigerung hervorzurufen. Getragen wird sie von der Hoffnung, daß der Multiplikatoreffekt der Investitionsprozesse zu einem sich selbst tragenden Aufschwung führt. Diese Politik, die seit langem in Chile und seit geraumer Zeit in den USA und in Großbritannien geführt wird und dort schon sichtbar zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat, muß scheitern, weil der Multiplikatoreffekt auf Grund der Profitstrategien des Monopolkapitals seine Wirksamkeit weitgehend eingebüßt hat. Ausreichend kräftige Wachstumsimpulse sind von den Investitionen her also nicht zu erwarten; in dieser Hinsicht bringt die Umverteilung der Einkommen keinen Effekt. Dagegen könnte sie die Durchsetzung der modernen Technik beschleunigen. Man kann das natürlich nicht mit Sicherheit sagen. Möglicherweise genügt auch die erreichte Schärfe der Konkurrenz, um zu einer schnellen Entwicklung in dieser Richtung zu führen; obwohl die Monopole dem Druck der Konkurrenz eher widerstehen könnten, namentlich wenn staatliche Politik auf eine gewisse Abschirmung gerichtet wäre. In jedem Falle bringt die Umverteilungspolitik keinen Bremseffekt für diesen Prozeß hervor und erleichtert ihn. Sie hat also einerseits eine beträchtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit der Kapazitäten und andererseits eine Einschränkung der Absatzmärkte zur Folge, d. h. die Regierungspolitik führt wirtschaftlich in eine unkontrollierte chaotische Entwicklung mit zunehmender Arbeitslosigkeit, Einkommensrückgang für die arbeitende Bevölkerung und echter Verarmung großer Randschichten. Es ist eine ausgesprochene Krisenpolitik auf Kosten der werktätigen Bevölkerung.

Um der Krise gegenzusteuern, wäre dagegen notwendig, die Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche herunterzufahren, um einen sofortigen kräftigen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Ein Streit darüber, ob dadurch nur die Hälfte oder drei Viertel der Arbeitslosen in Brot gebracht werden können, ist sinnlos. Wichtig ist der Effekt der Maßnahme und die wirtschaftlichen Impulse, die davon ausgehen – auch die zur Stabilisierung und Erweiterung des Konsumgütermarktes. Voller Lohnausgleich ist deshalb nicht nur von den Bedürfnissen der Lohnabhängigen her, sondern auch konjunkturpolitisch notwendig.

Diese Maßnahme allein reicht natürlich noch nicht aus; schon deshalb nicht, weil sie nur auf die bestehenden Bedingungen, nicht aber auf die zukünftigen Produktivitätssteigerungen gerichtet ist. Deshalb ist neben einer Stabilisierung der Realeinkommen der Werktätigen eine Steigerung der staatlichen Ausgaben entsprechend dem Produktivitäts- und Leistungsfortschritt nötig, die auf die Erfüllung dringender gesellschaftlicher Bedürfnisse gerichtet ist. Allein der Umweltschutz bietet ein Aufgabenfeld, das die Leistungskraft der Gesellschaft für geraume Zeit stark beanspruchen wird.

Diese, auf die inneren Bedürfnisse der Gesellschaft gerichtete Ausgabenpolitik hätte gleichzeitig den Vorteil, daß sie mehr Arbeitskräfte für den inneren Bedarf binden würde, denn Auslandsmärkte werden in den kommenden Jahren durch protektionistische Maßnahmen zunehmend unzugänglicher werden, soweit es die kapitalistischen Metropolen betrifft. Schließlich wäre eine zielstrebige arbeitsteilige Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern anzustreben, die dort den Aufbau einer eigenständigen Produktionsgrundlage ermöglicht und hier später notleidend werdende Parallelentwicklungen gleicher Branchen vermeidet.

Alle staatlichen Maßnahmen, einschließlich der Mittelverteilung, müßten streng an diese Zielvorlagen gebunden werden, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig eine neue, tragfähige Struktur der Volkswirtschaft zu erreichen. Eine derartige Entwicklung verlangt freilich eine Abkehr von der Profitorientierung in mancher Hinsicht, aber man muß eben davon abkommen, in der Profitorientierung und den „Marktgesetzen“ die besten Mittel zur Bedürfnisbefriedigung zu sehen. Sie sind es nicht, wenn sie nur die Bedürfnisse von Minderheiten befriedigen und die des Rests der Gesellschaft beiseite lassen, diesem Rest der Gesellschaft – ihrer übergroßen Mehrheit – ein Leben in Unsicherheit oder gar Arbeitslosigkeit zuweisen.